

24/86

Helmut Kohl in Neumünster:

## Wir setzen auf die Zukunft

Mit Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze eröffnete die CDU in Neumünster die zweite von insgesamt sieben Regionalkonferenzen, die zur Mobilisierung der Partei dienen. In der Holstenhalle waren fast 3000 Mitglieder und Funktionsträger der Partei erschienen, die dem Kanzler einen begeisterten Empfang bereiteten. Helmut Kohl sagte in seiner oft vom Beifall unterbrochenen Rede u. a.:

Liebe Freunde, mit dieser Veranstaltung beginnt für uns die Vorwahlzeit. Es sind noch etwas mehr als 150 Tage bis zum Wahltag, aber jeder spürt an den Reaktionen der politischen Akteure, daß dieser Wahltag näher rückt.

Es ist zwar eine Binsenwahrheit, doch man kann es nicht oft genug wiederholen: Eine Wahl ist erst am Wahltag um 18 Uhr entschieden und keine Minute vorher. Das heißt, daß wir um jede Stimme kämpfen müssen und kämpfen werden; wir haben keine Stimme zu verleihen und keine Stimme zu verschenken. Das heißt aber auch, daß wir uns mit ganzer Kraft auf die Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern konzentrieren müssen. Die Koalition aus CDU, CSU und FDP kann nur gemeinsam gewinnen oder gemeinsam verlieren. Jeder Versuch der Profilierung einzelner auf Kosten des Ganzen wird fehlschlagen, weil die Wähler dies nicht verstehen. Deswegen sind so manche Querelen, die auch mich ärgern, völlig unnötig — sie schaden der gemeinsamen Sache.

Am Wahltag können wir nur gemeinsam gewinnen. Deshalb werden wir die Zeit bis dahin nutzen, um



### HEUTE AKTUELL:

- DOKUMENTATION  
Kandidat Rau — Zwischen Anspruch und Wirklichkeit.  
Grüner Teil
- CDU  
Die beiden ersten Regionalkonferenzen in Trier und Neumünster waren ein voller Erfolg. Seite 7
- SPD  
Heiner Geißler: Die Sozialdemokraten sind nicht regierungsfähig.  
Seite 9—14
- BUNDESWEHR  
Neues Faltblatt „Unsere Politik für die Soldaten“. Seiten 18/19
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT  
Sechs Angriffsposter, mit denen die SPD gut „getroffen“ wird.  
(Im Innern des Blattes)

**unsere Bilanz zu erläutern und unser Programm dem Wähler überzeugend vorzustellen.** Nach der Wahl werden wir uns dann zusammensetzen und über die Koalitionsaussagen reden und erst danach über Personalien.



Liebe Freunde, wir haben in den Wochen vor den Ferien erlebt, wie manche ihr Geschäft mit der Angst der Menschen nach dem **Reaktorunfall in Tschernobyl** betrieben haben. Wir alle haben verspürt, wie diese Angst durchs Land ging. Wir haben viel Verständnis dafür, daß die Menschen sich fragen: Ist das, was moderne Technik hervorbringt, ethisch und politisch zu verantworten? Unsere Antwort lautet: Wir sind nicht kernkraftsüchtig; aber wir sind realistisch. Wir stehen zu den gemeinsam getragenen Entscheidungen, die unter den Kanzlern Brandt und Schmidt für die Energieplanung getroffen worden sind. Damals war es unstreitig, daß wir auch Kernkraftwerke brauchen, daß es einstweilen keine andere Lösung gibt, wenn wir unseren Rang als großes Industrieland und damit unseren sozialen Status behalten wollen. Wir haben dabei immer betont: **Die Gesundheit der Menschen hat absoluten Vorrang vor ökonomischen Überlegungen.** Das bleibt auch so.

Es gilt immer noch, daß wir nicht auf Kernkraft verzichten können, weil es **heute keine vernünftige Alternative** gibt.

Wenn die Sozialdemokraten in diesen Tagen beinahe fieberhaft bemüht sind, Jahreshäfen für den Ausstieg zu nennen, dann sage ich ohne Umschweife: Die SPD belügt den Wähler, wenn sie jetzt so tut, als wisse sie, wann wir die Kernkraft durch Nachfolge-Technologien ablösen können.

Ich sage Ihnen nach bestem Wissen und Gewissen, nach allem, was ich weiß und überprüfen konnte und was mir von vie-

len Experten gesagt wurde, die wesentlich mehr davon verstehen als ich selbst: **Wir bleiben bei unserem Energiekonzept, weil es richtig ist.** Und wir werden weiter forschen, um weiterführende Techniken zu entwickeln, um alternative Energien zu finden. Aber in dieser Stunde kann niemand ernsthaft behaupten, daß es in der unmittelbar vor uns liegenden Zeit eine Chance zum Ausstieg gibt. Wer das wie die Sozialdemokraten im Gefolge der Grünen den Wählern vorgaukelt, der soll auch über die Konsequenzen reden, der soll dem sozialdemokratischen Traditionswähler in Kiel oder in Hamburg sagen, wie es mit unserer Volkswirtschaft weitergeht, wenn wir jetzt aus der Kernkraft aussteigen, und wie es dann mit dem Umweltschutz aussieht. Das ist die Voraussetzung für eine redliche Diskussion.



Wir haben guten Grund, stolz auf unsere gemeinsame Leistung — die Leistung aller Bürger — und stolz auf unser Land zu sein. Wir wollen aber nicht vergessen, daß wir einen schwierigen Weg zurückgelegt haben, und ich füge gleich hinzu: Der Weg, der vor uns liegt, wird auch nicht einfach sein. Wir werden ihn erfolgreich beschreiten, wenn wir klaren Kurs halten, wenn wir zueinanderstehen mit Mut und Entschiedenheit, aber auch mit Menschlichkeit, mit Offenheit und Sensibilität für die Fragen unserer Mitbürger.



Liebe Freunde, wie sieht denn eigentlich die **Alternative zur Koalition der Mitte** aus? Wer sollte denn sonst die Regierung übernehmen? Etwa Herr Rau und die SPD zu einem Zeitpunkt, in dem Teile der sozialdemokratischen Parteiführung ihren eigenen Mann bereits demonstrieren — in einer zum Teil menschlich so schä-

# Johannes Rau, der Aus- und Absteiger

*Ein besonderes Beispiel für chaotisches Denken liefert das neue energiepolitische As der sozialdemokratischen Partei, Johannes Rau. Am 29. April 1986 hat er gesagt, die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis werden politisch nicht in Frage gestellt. Pressemitteilung der SPD. Einige Tage später, am 5. 5. 1986, sagte er, eine sozialdemokratische Bundesregierung würde alles daran setzen, auf die Kernenergie zu verzichten. Am 17. 5., also 12 Tage später, schreibt er im „Vorwärts“, die SPD werde die Kernenergie mittelfristig überflüssig machen. Und dann schreibt er neun Tage später, am 26. 5.: „Vor dem Jahr 2000 dürfte das kaum der Fall sein.“*

*Also, das Durcheinander im Kopf des Kanzlerkandidaten ist mindestens genauso groß wie das Durcheinander in der Energiepolitik der SPD. Erst waren sie für den Einstieg in die Kernenergie, dann waren sie für den Ausstieg, dann waren sie für den Umstieg, dann für den Einstieg in den Ausstieg und dann für den Einstieg in den Umstieg zum Ausstieg. Mit einer solchen Partei kann es für Deutschland nur einen Abstieg geben und deswegen kann man diese Leute nicht wählen.*

*(Heiner Geißler in Trier und Neumünster)*

bigen Weise, daß man darüber nur den Kopf schütteln kann. Oder etwa eine **Koalition aus SPD und Grünen**, denn die Sozialdemokraten haben ja überhaupt keine Chance für eine absolute Mehrheit; das weiß doch inzwischen jeder im Land. Die **SPD ist auf die Grünen angewiesen**, und Willy Brandt hat ja auch nie einen Zweifel daran gelassen, daß er um jeden Preis zurück will an die Macht, auch um den Preis einer Koalition mit den Grünen. Wir müssen vor allem den Wählern aus der Arbeitnehmerschaft sagen, daß hier die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den großen demokratischen Kräften aufgekündigt werden soll, die das politische Leben der Bundesrepublik Deutschland eine Generation lang wie selbstverständlich geprägt hat.

Wie steht die SPD denn heute da?

In der Außen- und Sicherheitspolitik begeben sich immer mehr Sozialdemokraten auf einen neutralistischen Weg und träumen davon, daß sich unser Land — mittleren in Europa — sozusagen in eine

Nische der Weltgeschichte zurückziehen könnte. Neutralismus jedoch würde letztlich Unterwerfung unter die sowjetische Hegemonie bedeuten.

Da gibt es bei den Sozialdemokraten auch eine Diskussion über die **Präambel zum Grundgesetz**. Hier geht es nicht einfach um einen Verfassungstext, sondern darum, ob wir Deutschen den geschichtlichen Auftrag unseres Volkes verraten. Ich bin Realist und weiß, daß die Frage der **Einheit der deutschen Nation** jetzt nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Ich weiß auch, daß es kein Zurück gibt zum Nationalstaat Otto von Bismarcks. Es kann lange dauern, bis sich für uns die Chance ergibt, darüber zu bestimmen, welchen Weg die Deutschen gemeinsam in der Geschichte gehen wollen. Aber ich weiß auch, daß der Wille eines Volkes zur Einheit eine geschichtliche Tatsache ist.

Wenn, wie manche Sozialisten sagen, der **Verzicht auf den grundgesetzlichen Auftrag zur Wiedervereinigung** der Preis wäre

für eine gute Zusammenarbeit mit der politischen Führung der DDR — dem ist natürlich nicht so, wie Sie wissen — , so sage ich ganz entschieden: Das ist ein Preis, den wir nicht zahlen. Es ist niemandem in Leipzig, in Dresden oder Potsdam damit gedient, wenn wir die Idee der Einheit der Nation aufgeben. Wir haben keinen Grund zur Resignation. Wir brauchen den langen Atem vor der Geschichtte. So wichtig die Zuwachszahlen des Bruttosozialprodukts auch sind: Ein Land, das seinem geschichtlichen Auftrag nicht mehr nachkommt, verspielt seine Zukunft.

Sie kennen die völlige **Konzeptionslosigkeit der SPD in der Wirtschafts- und Finanzpolitik**. Herr Rau hat gesagt, daß er alle unsere Sparmaßnahmen rückgängig machen wolle; er hat aber den Leuten nicht gesagt, woher er das Geld dafür nehmen will. Wenn ich seine Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen als Maßstab seiner Politik nehme, dann war das, was Helmut Schmidt uns hinterlassen hat, eine vergleichsweise geringe Last.



**Wir setzen auf die Zukunft. Die Zukunft ist uns wichtiger als vordergründige Augenblickserfolge.** Wenn wir beispielsweise mit äußerster Entschiedenheit Forschungsinvestitionen fördern, dann nicht zuletzt im Blick auf die kommende Generation. In diesem Jahr werden in der Bundesrepublik Deutschland für **Forschungsinvestitionen** über 50 Milliarden Mark ausgegeben. Jede Mark, die wir jetzt in die Forschung investieren, ist eine **Abschlagszahlung für die Zukunft**. Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, dessen eigentlicher Schatz der hohe Ausbildungsstandard, der Fleiß und der Erfindungsgeist seiner Bürger sind, ein solches Land darf nicht einfach in den Tag hinein leben. Unsere Generation muß auch an die Kinder denken, die in 20 Jah-

ren in den Arbeitsprozeß kommen; daß sie eine sichere, eine lebenswerte Zukunft haben, liegt in unserer Verantwortung.

Wenn wir endlich wieder dahin kommen, daß im Materiellen wie im Immateriellen die **Familie mit Kindern** Vorfahrt hat, dann sind wir ein gutes Stück auf dem Weg in eine sichere Zukunft vorangekommen. Wir haben den unerträglichen Zustand beendet, daß das Ja zu Kindern ins soziale Abseits führte. Dies ist gewiß auch eine materielle Frage; aber ich denke vor allem an den immateriellen Bereich, an das, was diesem Land Wärme, Leben, Glück verleiht. Ein Land, in dem Kinder keine Vorfahrt mehr haben, verspielt nicht nur ein Stück seiner Zukunft, sondern es entbehrt auch der menschlichen Wärme.

Das Ziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft wirft auch die Frage nach der **Stellung der Frau und der Mutter in der Gesellschaft** auf. Ob eine Frau berufstätig ist oder nicht, das ist ihre ganz persönliche Entscheidung, da hat die Politik nicht hineinzureden. Ob eine Frau ja sagt zu Kindern, ist eine ganz persönliche Entscheidung, aber wenn sie ja sagt, dann hat sie Anspruch auf den Schutz des Staates und der Gesellschaft.

Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ganz gezielt darauf hinarbeiten, die Stellung der Frau in der Gesellschaft weiter zu verbessern. Wir müssen endgültig weg von dieser **törichten Abgrenzung zwischen erwerbstätigen Frauen und Nur-Hausfrauen**. Was wir wollen, ist eine wirkliche partnerschaftliche Gesellschaft, in der der einzelne frei entscheiden kann. Das kommt der Familie sehr zugute. Ich sage es noch einmal: **Das Kernstück unserer Politik ist die Stärkung der Familie.**



Liebe Freunde, lassen Sie mich noch eine aktuelle Frage ansprechen, nämlich die

**Asylbewerberfrage.** Ich habe nie verstanden, warum hier parteipolitische Schützengräben aufgerissen werden; denn angesichts der Ereignisse **müssen wir gemeinsam zu richtigen Entscheidungen kommen.** Deswegen habe ich ja für September eine Konferenz der Partei- und Fraktionsvorsitzenden, der Ministerpräsidenten der Länder und von Mitgliedern der Bundesregierung einberufen. Entscheidungen sind überfällig. Aber wenn wir zu richtigen Lösungen kommen wollen, dann halte ich es für einen Ausdruck politischer Kultur, daß wir uns trotz der bevorstehenden Wahl zusammensetzen und vernünftig miteinander reden. Das heißt doch ganz konkret, daß wir uns jetzt nicht in Schützengräben verschaffen, sondern Lösungen suchen, die praktikabel sind. Das heißt aber auch — ich sage das mit Bedacht —, daß alle Lösungsvorschläge diskutiert werden müssen; und ich füge mit ebenso viel Bedacht hinzu:

**Wenn alle anderen Wege zu nichts führen, dann müssen wir selbstverständlich auch die Frage nach einer gemeinsamen Erörterung einer Änderung unseres Grundgesetzes stellen.**

Das Asylrecht ist ein wichtiges Recht. Es ist ein Recht, das etwas aussagt über die politische — über die ethische — Kultur unseres Landes. **Das eigentliche Asylrecht darf auf gar keinen Fall angetastet werden, und das will auch niemand.** Aber für die Mitglieder des Parlamentarischen Rates war es damals undenkbar, daß in irgend einem fernen Teil dieser Erde skrupellose Menschenschlepper ganze Flugzeuge mit Menschen volladen, die den wirtschaftlichen Problemen in ihren Heimatländern entfliehen wollen. Das hat nichts zu tun mit dem Asylrecht, das wir in unser Grundgesetz aufgenommen haben. Ich kann diesen Zustand schon deshalb nicht hinnehmen, weil ich spüre, daß es auch in

Ostberlin Kräfte gibt, die glauben, sie könnten die Bundesrepublik Deutschland mit einer Asylbewerberwelle destabilisieren.

Wir sind kein Einwanderungsland. Wir können die Probleme dieser Erde nicht dadurch lösen, daß die Menschen aus allen Notstandsgebieten der Welt zu uns kommen. Wir können und müssen vielmehr den Armen und Notleidenden in der Dritten Welt im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen. Wir haben nach dem Krieg Hilfe von anderen empfangen; uns geht es erheblich besser als vielen anderen Ländern der Welt. Es ist deshalb heute unsere selbstverständliche Pflicht, auch anderen zu helfen, die in Not sind.

Deshalb appelliere ich noch einmal an alle Verantwortlichen: Setzen wir uns zusammen, reden wir vernünftig miteinander und entscheiden wir dann. Aber es müssen Entscheidungen getroffen werden. Der jetzige Zustand kann so nicht bleiben, und ich bin auch nicht gewillt, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen.



Noch ein Wort zur **Außen- und Sicherheitspolitik:** Daß Deutsche und Franzosen, Amerikaner und Deutsche eng zusammenstehen, ist eine Garantie für Frieden und Freiheit. Daß wir die nagenden Zweifel an der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit deutscher Politik beseitigt haben, hat das Bündnis gestärkt und den Frieden sicherer gemacht. Die Freiheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Und gerade weil wir eine klare Position hatten, konnten wir auch das **Gespräch mit dem Osten** neu eröffnen. Nichts mehr ist zu hören von jenen Prophezeiungen, daß mit der Stationierung der Mittelstreckenwaffen eine neue Eiszeit im Ost-West-Verhältnis, auch in den innerdeutschen Beziehungen ausbräche. In diesem Jahr werden bei-

spielsweise mehr Landsleute aus der DDR zu uns zu Besuch kommen als je zuvor seit dem Bau der Mauer.

Wenn ich für Gespräche und Verhandlungen plädiere, füge ich sogleich hinzu: Ich kenne den Unterschied zwischen Freiheit und Diktatur. Ich habe vor ein paar Tagen im **Rückblick auf den Bau der Mauer in Berlin** noch einmal deutlich gesagt: Wir sagen ja zu notwendigen Gesprächen mit der politischen Führung der DDR, aber wir erkennen zu keinem Zeitpunkt, daß dies eine kommunistische Diktatur ist. Wir führen diese Gespräche vor allem, **damit mehr Menschen in Deutschland zueinanderkommen können.**



Wir wollen den Frieden auf der Welt sichern. Das wird nur möglich sein, wenn wir den **Frieden im eigenen Lande sichern**. Dazu gehören neben der inneren Sicherheit die immateriellen Fragen. Es geht um die **menschliche Qualität unseres Landes**. Ich bin glücklich darüber, daß es eine **neue Diskussion über die ethischen Grundlagen der Politik** gibt. Ich nenne beispielsweise die Fragen: Zu welchen Zielen forschen wir in der Gentechnologie? Wie stehen wir zur Sterbehilfe? Welchen Stellenwert hat das ungeborene Leben? Wie setzen wir uns am wirksamsten ein für die Menschenrechte überall in der Welt? Wir stehen auch vor einer **Renaissance des Geschichtsbewußtseins**. Jene falschen Propheten, die versucht haben, an unseren Schulen Geschichtslosigkeit zu einer Tugend zu machen, sind kläglich gescheitert.



Liebe Freunde, wir stehen vor einer **Periode der Bewährung**. Denn nachdem wir die notwendigen Aufräumungsarbeiten geleistet haben, geht es jetzt darum, unseren unverwechselbaren Beitrag zur deut-

schen Geschichte zu leisten, indem wir unser Land weiter entwickeln und gestalten mit viel Offenheit und Sensibilität vor allem für die **junge Generation**.

Das sind junge Leute, die erfreulich offen sind, voller Empfindsamkeit, die entgegen allen pessimistischen Prognosen wieder Gedichte lesen, die Gespür für das Feinsinnige haben, eben für das Sensible. Das sind junge Leute, die ihre Pflicht tun bei der Bundeswehr, die sich mitmenschlich einsetzen und die wieder an ihre Zukunft zu glauben beginnen, nachdem ihnen ja lange genug von Kanzeln und Kathedern eingeredet worden war, sie hätten keine Zukunft. **Diese jungen Leute haben begriffen: Dieses Land hat wieder eine Zukunft, wenn sie nur selbst an ihre Zukunft glauben.**

Mit diesen jungen Menschen und für sie wollen wir die Zukunft gestalten. Wir wollen diese Wahl gewinnen, um die nächsten vier Jahre gut und erfolgreich zu arbeiten; aber wir wollen uns nicht verhalten wie Tagespolitiker, die nur auf die Demoskopie schielen und sich fragen, wie komme ich bei der nächsten Wahl über die Runden. Wir wollen sehen, daß Politik in Geschichte hinüberführt. Das muß ein Stück unserer Wahlaus sage sein, nicht nur in Transparenten und Plakaten, sondern sichtbar im politischen Alltag. **Wir wollen eine Politik gestalten, die sich nicht im Tageswerk erschöpft, sondern auch Zukunftsvisionen entwickelt.** Wir haben die Chance, in den nächsten vier Jahren unser Land auf diesem Weg voranzubringen.

**Meine Bitte ist ganz einfach: Helfen Sie dabei mit. Tragen Sie vor allem dazu bei, daß jene Grundwerte Geltung behalten, die vor 40 Jahren an der Wiege unserer Partei standen und heute so unverzichtbar sind wie damals: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Sie müssen die Gegenwart prägen und sind Fundament der Zukunft.**

# Appell des Kanzlers: Um jede Stimme kämpfen

Die ersten beiden Regionalkonferenzen der CDU haben eins bewiesen: die Partei ist mobilisiert wie selten. Heiner Geißler stellte nach Neumünster, wo in der Holstenhalle fast 3000 Parteimitglieder und Gäste der CDU-Führung einen geradezu begeisterten Empfang bereiteten, erfreut fest: Es herrscht Aufbruchstimmung — die Bevölkerung hat die Erfolge der Bundesregierung unter der Führung von Helmut Kohl inzwischen hautnah erfahren können.

Bundeskanzler Helmut Kohl war sichtlich gut erholt nach Neumünster gekommen. „Wir haben keine Stimme zu verleihen und keine zu verschenken. Wir müssen um jede Stimme kämpfen.“ Gleichzeitig betonte der Kanzler, die Koalition könne nur gemeinsam gewinnen oder verlieren. Profilierungsversuche einzelner seien völlig unnötig. Der Kanzler zog vor den Parteifreunden aus Schleswig-Holstein und Hamburg eine positive Bilanz seiner Regierungspolitik in den letzten vier Jahren (siehe **Kohl-Rede an anderer Stelle dieser Ausgabe**).

Viel Beifall gab es auch für den schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der die SPD als ein Risiko für unser Land bezeichnete: In fast allen politischen Fragen habe sie die Position ihrer früheren Führung unter Helmut Schmidt geräumt.

In Trier rechnete Bernhard Vogel mit der Schul- und Bildungspolitik der SPD ab. Der saarländische Vorsitzende, Peter Jacoby, setzte landespolitische Akzente. In

Neumünster ging Uwe Barschel auf die wirtschaftspolitische Bedeutung Schleswig-Holsteins ein und Jürgen Echternach erwartet den politischen Wechsel in Hamburg, wo der von Krisen geschüttelte SPD-Senat im November abgelöst werden soll.

Bundesgeschäftsführer Peter Radunski erläuterte den Parteifreunden ausführlich das Wahlkampfkonzept der Bundesgeschäftsstelle. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf die herausragende Rolle von „UiD“ und „Deutsches Monatsblatt“ hin, die mit ihren Veröffentlichungen neben den Kandidaten-Zeitungen, Sonderausgaben von „CDU extra“ und der Zeitung „Deutschland am Wochenende“ (in der letzten Phase des Wahlkampfes) die Hauptlast des „redaktionellen Wahlkampfes“ tragen werden.

Denn — so Heiner Geißler — ... „wir werden den Bundestagswahlkampf teilweise gegen die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Anstalten führen müssen“. Die 3 000 Delegierten quittierten die Ankündigungen sowohl von Heiner Geißler wie Peter Radunski mit demonstrativem Beifall. Das Interesse an den von der Bundesgeschäftsstelle angebotenen Werbemitteln und Argumentationsmaterialien war in Trier wie in Neumünster groß. In Trier mußte sogar noch Nachschub aus Bonn geholt werden.

Die Mobilisierungskampagne wird in den nächsten Wochen fortgesetzt werden. Niedersachsen und Bremen treffen sich am 5. 9. in Osnabrück, die Baden-Württemberger am 12. 9. in Sindelfingen. Danach folgen drei Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen.

Rita Süßmuth:

## Leistung in der Familie stärker berücksichtigen

**„Unsere Familien stärken — die Zukunft menschlicher gestalten“ war das Thema eines Familienpolitischen Kongresses der nordrhein-westfälischen CDU in Castrop-Rauxel und eines Grundsatzreferates der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.**

Rita Süßmuth analysiert darin die Situation der Familien in unserer Gesellschaft und beschreibt ihre Aufgaben und Leistungen: „Es geht um das Ziel, die Familien aus der sozialen Randstellung zurückzuholen; nicht weil wir sie als Fluchtburg oder Gegenwelt brauchen, sondern als einen Ausgangs- und Zielpunkt menschlichen Lebens.“ Die Familie gibt den Menschen einmalige sozial-kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten, die Chance, Mütter und Väter zu sein für Töchter und Söhne. Der Befund: Es gibt bei kurz- und langfristiger Betrachtung keine Krise der

Familie; sie hat sich als stabile soziale Einheit erwiesen. Kinder bleiben heute länger in Familien als je zuvor.

Außer Erziehungstätigkeit und Daseinsvorsorge leisten Familien in hohem Maße auch Pflegearbeit. Die politische Wertentscheidung für die Familie muß sich daher an zwei Grundsätzen orientieren: Leistung in der Familie anerkennen und solche Rahmenbedingungen schaffen, daß Familie gelingen kann.

Rita Süßmuth fordert ein Umdenken in der Bewertung von Arbeit: „Arbeit, das sind zwei Sektoren, die Berufsarbeit einerseits und die Familienarbeit andererseits ... Wenn wir es nicht schaffen, diesen zweiten lebenswichtigen und notwendigen Bereich neu zu regeln, dann bedeutet das in der Konsequenz, daß wir alle Menschen nach Beendigung ihrer Ausbildung bis in das Rentenalter hinein in die Erwerbsarbeit schicken müssen, denn dann gibt es keine Alternative.“

**Die Rede der Bundesministerin kann angefordert werden bei der Hauptabteilung Politik (Frauen- und Familienpolitik) der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1.**

## DGB-Institut bestätigt: Stärkste Reallohnherhöhung seit 1977

Mit einer Erhöhung der Löhne und Gehälter von durchschnittlich 3,5 Prozent gegenüber 1985 und gemessen an der erwarteten Preisseigerungsrate von einem Prozent ist bei der Tarifrunde 1986 die stärkste Reallohnherhöhung seit 1977 erreicht worden, erklärte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSJ) in einer in Düsseldorf vorgelegten Bilanz der Tarifbewegungen.

## Vertrauen der Jugendlichen in Gewerkschaften nimmt weiter ab

Das Vertrauen der Jugendlichen in die deutschen Gewerkschaften sinkt zunehmend. Nach einer Langzeitanalyse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (infas) gaben 1976 noch 57 Prozent an, Vertrauen in die Institution „Gewerkschaft“ zu haben. Bei den 18- bis 24-jährigen schrumpfte dieser Anteil im Jahre 1978 auf 51 Prozent und 1983/84 auf 46 Prozent. Das entspricht einem Minus von 11 Prozent.

Heiner Geißler:

# SPD ist nicht regierungsfähig

Fünf Monate vor der Wahl ist der wahre politische Zustand der SPD-Opposition in aller Öffentlichkeit deutlich geworden. Auch die auf dem SPD-Bundesparteitag in Nürnberg laut gewordenen Geschlossenheitsbeschwörungen und Formelkompromisse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD in der Koalitionsfrage mit den Grünen unaufrechtig, in der Außenpolitik unzuverlässig, wirtschaftspolitisch unfähig, sozialpolitisch unsolide und energiepolitisch unglaublich ist.

Auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärte Generalsekretär Heiner Geißler u. a.: Die SPD ist nicht regierungsfähig. Sie ist nicht zukunftsfähig. Die SPD ist keine Alternative zur Regierung Helmut Kohl. In der SPD sind nach anfänglicher Euphorie zunehmend Ernüchterung und Resignation feststellbar. Ihre Wahlniederlage in Niedersachsen sitzt tief. SPD-Kandidat Rau erweist sich für immer mehr SPD-Anhänger als eine große Enttäuschung. Er verliert immer mehr an Autorität.

## 1. Koalitionspolitisch unaufrechtig

Rau ist für die SPD in die Rolle des Wähleräters geraten. Denn er weiß ebenso genau wie die überwiegende Mehrheit der SPD-Wähler und -Mitglieder, daß eine Mehrheit der SPD bei der Bundestagswahl 1987 unmöglich ist. W. Brandt: „43 % wäre ein schönes Ergebnis.“ Regieren könnte die SPD daher nur — wenn überhaupt — zusammen mit den Grünen, was aber Rau angeblich ablehnt. Daher fällen die Wähler bei der Bundestagswahl

eine politische Richtungsentscheidung zwischen zwei Lagern.

Sie entscheiden darüber,

- ob die Regierungsparteien unter Führung der CDU ihre erfolgreiche Politik fortsetzen und unser Land in eine sichere und gute Zukunft führen können, oder
- ob unserem Land durch einen Pakt rot-grüner Genossen Rückschritt und Niedergang drohen.

Die Frage nach diesem rot-grünen Pakt ist daher die zentrale Frage des Bundestagswahlkampfes. Die Wähler haben einen Anspruch darauf, vor der Wahl zu erfahren, wo zu ihre Stimme nach der Wahl benutzt wird.

Rau aber verschweigt, wie es nach dem 25. Januar mit der SPD weitergehen soll, wenn sie die absolute Mehrheit, wie auch in Hessen, verfehlt. Konkreten Fragen dazu weicht er aus. Rau hält sich bedeckt. Typische Rau-Ausweich-Antworten dazu sind beispielsweise:

*„Das macht man doch nicht öffentlich bekannt.“ (Quick, 5. 6. 1986)*

*„Man muß sich Gedanken darüber machen, aber man darf sich dazu nicht äußern.“ (Die Welt, 26. 5. 1986)*

*Wenn Rau seine Antwort auf den rot-grünen Pakt konkretisieren muß, dann äußert er sich wiederum so, daß alle Möglichkeiten offen bleiben:*

*Einseits: „Wenn es nur mit den Stimmen der Grünen geht, werde ich nicht Bundeskanzler.“ (ZDF, 10. 4. 1986)*

*Andererseits: „Ich werde mich wählen lassen, wenn ich eine Regierung bilden kann: und zwar von Sozialdemokraten, aber auch von CDU/CSU, Grünen und FDP...“ (Quick 5. 6. 1986)*

**Einerseits:** „Es wird keine Koalition (mit den Grünen) geben, dafür stehe ich nicht zur Verfügung, ich werde nur Kanzler ohne Tolerierungsabsprache.“ (Die Welt, 26. 5. 1986)

**Andererseits:** „Aber im übrigen werden dann alle Parteien gefragt sein, ... wie sie sich Regierungsfähigkeit vorstellen. Ich selber will mich jetzt von solchen Überlegungen nicht ablenken lassen.“ (Bonner Perspektiven, 10. 8. 1986)

**Einerseits:** „Mir macht es überhaupt keinen Spaß, über eine mögliche Niederlage zu sinnieren.“ (Stern, 23. 1. 1986)

**Andererseits:** „... Zuerst kommt das Wahlergebnis — und erst danach entscheide ich mich, ob ich im Bundestag als Kanzler antrete.“ (Münchener Abendzeitung, 2. 6. 1986)

Dies bedeutet im Klartext: Rau und die SPD lassen sich für einen rot-grünen Pakt nach der Wahl alle Türen offen. SPD und Grüne wollen zwar getrennt marschieren, aber vereint regieren. Die SPD will den Pakt mit den Grünen, um an die Macht zu kommen.

Rau ist daher der zur Zeit beste Kandidat, den Willy Brandt auf den Schild haben konnte. Rau hat die Aufgabe, die Wähler durch unklare Antworten im Unklaren zu lassen. Diese Aufgabe erfüllt er hervorragend. Rau ist der Strohmann für einen rot-grünen Pakt.

## 2. Außenpolitisch unzuverlässig

**a)** Die SPD verkennt die expansive politische Zielsetzung kommunistischer Diktaturen. Sie ist unfähig geworden zur realistischen außenpolitischen Analyse, weil sie nicht mehr wahrhaben will, daß die eigentlichen Ursachen für die Spannungen zwischen West und Ost in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur liegen. Die SPD übersieht deshalb, daß die Verwirklichung der Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde Vorausset-

zungen für den Frieden sind. Wo die Menschenrechte mißachtet werden, ist der Friede bedroht und unsicher. Wer unter dem Vorwand der Friedenspolitik zu den Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa schweigt, dient weder dem Frieden noch den Menschenrechten.

**b)** Heute bestimmen diejenigen Kräfte innerhalb der SPD den Kurs, denen die „Sicherheitspartnerschaft“ mit Kommunisten wichtiger ist als die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien, insbesondere mit den USA. Anti-Amerikanismus ist in der SPD zu einem Wesenselement ihrer Politik geworden. Im Weltbild führender Sozialdemokraten erscheinen die USA als Kriegstreiber und die Sowjetunion als Entspannungsförderer. Erst kürzlich forderte der Vorsitzende der sicherheitspolitischen Fachkommission der SPD, Andreas von Bülow, ausgerechnet in Moskau, die NATO-Politik müsse so gestaltet werden, daß vom westlichen Bündnis „keine Gefahr mehr für die Menschheit ausgeht“. (FAZ 31. 7. 1986)

Die Lehre von der Äquidistanz beherrscht die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD. Deshalb spricht die SPD auch „von gemeinsamer Sicherheit“ und „Partnerschaft des Friedens“ zwischen Ost und West.

**c)** Führende SPD-Politiker fordern heute den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO oder machen Vorschläge zur Auflösung der Bündnisgemeinschaft. Weite Teile der SPD sind auf Konfrontationskurs zum Atlantischen Bündnis gegangen.

**d)** Mit ihrer **Neben-Außenpolitik** durch „Verträge“ mit den kommunistischen Staatsparteien Osteuropas fällt sie der Außenpolitik der Bundesregierung in den Rücken, weil sie sowjetische Forderungen übernimmt und dadurch die Verhandlungsposition des Westens und der

Bundesregierung schwächt. Die SPD ist damit — gewollt oder ungewollt — ins Schlepptau sowjetischer Politik geraten.

e) Auch in der Deutschlandpolitik hat die SPD die Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien verlassen. Die Infragestellung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes bedeutet eine Aufgabe des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes. Die „Respektierung“ oder gar „Anerkennung“ der DDR-Staatsbürgerschaft würde die Teilung zementieren.

Mit ihrer Neben-Deutschlandpolitik handelt sie im Alleingang mit der SED „Abkommen“ aus, in denen sie politische Positionen der SED übernimmt und dadurch den deutschen Interessen schadet. Die SPD ist auf dem Marsch in die politische Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland.

### 3. Wirtschaftspolitisch unfähig

1969 versprach die SPD den Wählern in Anzeigen: „Nie mehr Arbeitslosigkeit — nie mehr Krisen.“ „Mit uns werden Sie immer einen sicheren Arbeitsplatz haben.“

**Das Ergebnis von 13 Jahren SPD-Regierung war: Wirtschaftskrise, galoppierende Inflation, steigende Zinsen, ungezügelte Staatsverschuldung, Massenarbeitslosigkeit.**

Die SPD hat nichts dazugelernt. Heute verspricht die SPD den Wählern schon wieder, durch „Beschäftigungsprogramme“ und Staatsdirigismus die Arbeitslosigkeit beseitigen zu wollen. Die SPD hofft auf das schlechte Gedächtnis der Wähler. Die SPD sieht noch immer das Heil in einem umfassend und vorausschauend planenden Staat, der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik lenkt, die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt und auch vor ständigen dirigistischen Eingriffen in die Wirtschaft nicht zurückschreckt. Das Zukunftsmodell der

SPD ist eine staatlich dirigierte Wirtschaft, die notwendigerweise Wettbewerb, Leistungsbereitschaft und Innovationskraft zerstört.

**Jeder muß wissen: Sozialismus ist teuer. Sozialistische Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik führen zu höheren Steuern und Abgaben, höherer Staatsverschuldung und als Folge zu Inflation und Massenarbeitslosigkeit. Daß die SPD trotzdem an ihren falschen Konzepten aus ideologischen Gründen festhält, zeigt ihre begrenzte politische Lernfähigkeit.**

### 4. Sozialpolitisch unsolid

a) Die SPD kann nicht mit Geld umgehen. Wer nicht mit Geld umgehen kann, kann Mitbürgern in Not nicht helfen. Während ihrer Regierungszeit hat die SPD viel versprochen, aber wenig getan. Über das Babyjahr wurde zehn Jahre diskutiert — umgesetzt wurde nichts. Über die Hinterbliebenenreform wurde sieben Jahre geredet — aber nie etwas verwirklicht. In der Vermögensbildung: Stillstand und sogar Abbau. In der Familienpolitik: Fehlanzeige. Erziehungsgeld, rentenrechtliche Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten, Vorruststandsgesetz usw. — die SPD war über Ankündigungen nie hinausgekommen.

b) Und als Folge ihrer unseriösen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik standen die Renten- und Arbeitslosenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit. Ein Großteil der Sozialleistungen hat die SPD auf Pump finanziert. Dasselbe hat die SPD wieder vor: Die sozialpolitischen Wahlversprechen der SPD würden über 30 Milliarden Mark pro Jahr kosten. Im Irseer-Grundsatzprogramm-Entwurf fordert die SPD den Übergang von der „berufsständischen“ zur „demokratischen“ Sozialpolitik. Dies bedeutet im Klartext: Das gewachsene und leistungsfähige System der sozialen Sicherung soll

sein Ende finden. Einheitsrente, Einheitskrankenversicherung, — das ist die sozialpolitische Welt der SPD.

c) Die SPD ist nach wie vor geprägt von dem alten Muster des sozialistischen Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit und gibt daher keine Antworten auf die wirklich vorhandenen Probleme: Auf die Neue soziale Frage mit dem Konflikt zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, auf die Tatsache, daß heute nicht mehr die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, sondern die Produktionsfaktoren Wissen und Information knappe Güter sind; und sie versagt vor der Aufgabe, individuellere und flexible Formen der Arbeit zu finden.

d) SPD-Kandidat Rau beteiligt sich nicht an der sozialpolitischen Diskussion seiner Partei. Er handelt als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Seit 1980 gibt es einen rapiden Abbau sozialer Leistungen. Da herrscht ein rauhes Klima. Auch im Haushalt 1986 geht der Sozialabbau in Nordrhein-Westfalen munter weiter, während es im Bundeshaushalt schon im zweiten Jahr keine sozialen Kürzungen mehr gibt.

Rau streicht bei den Familien rigoros: Erhöhte Kindergartenbeiträge belasten die Familien von 1982 bis 1985 in Höhe von 305 Millionen DM.

Rau läßt die Jugendlichen im Stich: Zwischen 1980 und 1985 wurden der Jugendarbeit in NRW 395 Millionen DM entzogen.

Rau stellt Alte und Behinderte ins Abseits: Die Mittel für die Altenhilfe und Behinderteneinrichtungen wurden von 1980 bis 1986 halbiert.

Rau redet von sozialer Politik und läßt in Wirklichkeit den sozialen Anstand vermissen. Das ist kein Befähigungsnachweis für Bonn.

## 5. Energiepolitisch unglaublich

Jahrzehntelang haben alle im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam ein energiepolitisches Konzept auf Bundes- und Länderebene vertreten, das die friedliche Nutzung der Kernenergie einschloß. Die Mehrzahl der Atomkraftwerke wurde unter SPD-Regierungsverantwortung gebaut.

Noch im April 1986 beschloß die SPD: „Auf der Grundlage des Essener Parteitags 1984 stellt der Energiebeirat fest, ... daß aber die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis politisch nicht in Frage gestellt werden.“

(Beschuß des Energiebeirates beim Parteivorstand der SPD, 28. 4. 1986).

Und Johannes Rau meinte: „Die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis werden politisch nicht in Frage gestellt.“

(Johannes Rau, Pressemitteilung der SPD, 29. 4. 1986).

Wenige Tage nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl versprach Rau einen „Verzicht auf die Kernenergie ... eine sozialdemokratische Bundesregierung würde alles daran setzen.“

(Die Welt, 5. 5. 1986)

Aber schon gut eine Woche später „rechnet (Rau) noch längere Zeit mit Nutzung der Kernenergie“.

(Bericht der Frankfurter Neuen Presse vom 13. 5. 1986)

Und in einem Interview der Illustrierten Quick meinte er: „Vor dem Jahr 2000 dürfte auch bei uns diese Aufgabe — Umstieg auf eine Energieversorgung ohne Atomstrom — nicht geleistet sein.“

Am 11. 8. 1986 erklärte der von Bölling ernannte SPD-Hoffnungsträger in Reserve, Volker Hauff, den Ausstieg aus der Kernenergie bereits innerhalb von zehn Jahren erreichen und die ersten Kern-

kraftwerke schon in zwei Jahren abschalten zu können. Kein Wunder, daß Grünen-Minister Joschka Fischer die Hauff-Vorschläge als „gute Nachricht“

(Frankfurter Rundschau vom 13. 8. 1986)

bezeichnete. Dies blieb aber auch das einzige Lob für Volker Hauff.

**Daß die kopflose Ausstiegspolitik der SPD die Umwelt verschmutzen, den Wohlstand verringern und Arbeitsplätze gefährden würde, ist der SPD egal. Hauptsache, den Forderungen der Öko-Sozialisten innerhalb und außerhalb der SPD wird entgegengekommen.**

Der politische Zickzackkurs der SPD in der Energiepolitik ist bezeichnend für die Politikfähigkeit der SPD. Sie ist Gefangen der von ihr mitgeschürten Ängste und Stimmungen geworden und kann auf komplexe Probleme keine rationalen und differenzierten Antworten mehr geben. Die opportunistische Anpassung der SPD an die Grünen in der Energiepolitik wirft ein Schlaglicht auf die politische Standfestigkeit und Berechenbarkeit der SPD.

## 6. Politisch und personell zerstritten

Zeiten der Opposition sind eigentlich Zeiten der Regeneration. Aber die SPD hat die Oppositionszeit nicht zu einer Erneuerung genutzt. 1982 hatte die SPD politisch abgewirtschaftet. Sie hat bis heute aus ihren Fehlern nichts gelernt. Von Godesberg hat sie mit dem Irseer Grundsatzprogramm-Entwurf zwar Abschied genommen, ohne daß klar erkennbar wäre, wohin der politische Weg in der Zukunft geht.

Niemand weiß, für was und für wen die SPD letztlich wirklich steht. Sie ist in drei untereinander heillos zerstrittene Flügel gespalten. Da gibt es die „alten Godesberger“ wie Helmut Schmidt, Frau Renner, Leber usw. Sie haben heute nichts

mehr zu sagen. Dann gibt es unter Führung von Lafontaine, Eppler, Bahr usw. die Öko-Sozialisten und Neutralisten, die den Austritt aus der NATO und der Industriegesellschaft betreiben. Schließlich gibt es noch die Taktiker und Opportunisten, die ihr Fähnchen nach dem jeweils aktuellen Stimmungswind hängen. Zu ihnen gehören zum Beispiel Jochen Vogel, Holger Börner und Johannes Rau.

Wer in der SPD letztlich und künftig das Sagen hat und wer sich politisch durchsetzt, ist noch unklar. Eines ist bereits jetzt klar: Rau nimmt politisch keinen maßgeblichen Einfluß. Rau nimmt an der inhaltlichen und programmatischen Diskussion der SPD nicht teil und wird von den Vertretern der politischen Flügel auch nicht ernst genommen. Die Öko-Sozialisten bestimmen unter wohlwollender Duldung und Förderung durch Willy Brandt die Programmdiskussion, und Rau ist die Rolle des Zählkandidaten und Strohmannes zugewiesen worden, die er brav erfüllt.

So, wie die SPD inhaltlich zerstritten ist, ist sie es auch personell. Die „alten Godesberger“ in der SPD sind abgesertiert. Die Öko-Sozialisten sind im Vormarsch, rangeln aber mit den Taktikern und Opportunisten noch um die entscheidenden Posten und Positionen in der SPD. Die SPD gleicht derzeit einer Seilschaft, in der jeder an einem anderen Strang und in eine andere Richtung zieht. So kann man Mehrheits-Gipfel nicht besteigen, so kann man nur abstürzen.

**Rau ist das typische Beispiel eines Übergangskandidaten, der die eigene Partei nicht geschlossen hinter sich hat. Rau ist nicht der Wunschkandidat, sondern der Verlegenheitskandidat seiner Partei. Rau ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Flügel und rivalisierenden Gruppen einigen konnten.**

## 7. SPD-Minuspunkt Rau

„Er hätte besser daran getan, daß Amt des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen zu behalten ... Das möchte ich ihm wünschen ...“

(Klaus Bölling im ZDF, „Sonntagsgespräch“, vom 10. 8. 1986.)

„Das Amt eines Kanzlers ist doch zu mächtig für ihn.“

(Klaus Bölling, Stuttgarter Zeitung, 9. 8. 1986)

So urteilt Klaus Bölling über Johannes Rau.

Rau hat in seiner eigenen Partei keinen bestimmenden politischen Einfluß. An der inhaltlichen Weiterentwicklung der SPD-Politik hat er sich bis heute nicht beteiligt. Wer aber nicht einmal seine eigene Partei führt, kann nicht die Bundesrepublik Deutschland regieren.

**Schmidt ist gescheitert, weil er die SPD nicht hinter sich hatte. Rau hat sie von Anfang an nicht hinter sich. Schmidt hatte am Ende, Rau hat von Anfang an nichts in der SPD zu sagen.**

Rau scheut den Konflikt und liebt die Vernebelung, die Beschönigung und das Wegtauchen. Politisch bewirken kann in der SPD nur jemand etwas, der Konflikte nicht scheut und politisches Durchsetzungsvermögen besitzt. Und dies gilt erst recht für das Amt des Bundeskanzlers.

„Wer seinem ganzen Wesen nach dem Konflikt abgeneigt ist, der wird mit fast unausweichlicher Logik scheitern.“

(Klaus Bölling, Stuttgarter Zeitung, 9. 8. 1986)

Zwischen Ankündigung und Realität der Politik von Rau klafft eine große Lücke. Rau ist ein Politiker im Widerspruch zu sich selbst. Das zeigen seine widersprüchlichen Äußerungen zu bundespoltischen Themen. Dies zeigt seine Politik als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Wie Rau in NRW regiert hat, das ist ein schlechtes Zeugnis für seine Kanzlerschaftsambitionen.

## Zitat

1986 ist wieder ein ausgezeichnetes Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik. Die vielen Millionen Deutschen, die jetzt aus ihrem Sommerurlaub zurückkehren, konnten Vergleiche ziehen. Sie haben festgestellt, daß wir durch unsere gemeinsame Arbeit in der Bundesrepublik gut vorangekommen sind.

(Bundeskanzler Helmut Kohl vom 14. 8. 1986 zu „Bild“)

Seit 1978 ist Rau Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Seit 1978

- hat in Nordrhein-Westfalen der größte Sozialabbau aller Bundesländer stattgefunden — die Kürzungen summieren sich inzwischen auf mehr als zwei Milliarden DM;
- ist die Verschuldung des Landes um mehr als 300 % angestiegen (von 1800 DM auf über 5500 DM pro Einwohner);
- hat sich die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen auf einem weit höheren Niveau als im Bundesdurchschnitt verstetigt;
- wächst die Zahl der Sozialhilfeempfänger deutlich schneller als im Bundesdurchschnitt: Allein 1985 war die Zunahme der Sozialhilfeempfänger im Land Nordrhein-Westfalen um 40 % höher als im Bundesdurchschnitt.

Das zeigt, bei der Lösung der ihm gestellten Aufgaben hat Rau als Ministerpräsident versagt.

Rau als Kandidat ist ein Minuspunkt für die SPD. Als Kanzler eines rot-grünen Bündnisses wäre Rau ein Risiko für die politische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland.

**(Siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe)**

## **Helmut Kohl gratuliert Wolfram Brück zur Wahl**

Bundeskanzler Helmut Kohl sandte an den neu gewählten Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Wolfram Brück, ein Glückwunschtelegramm, in dem es u. a. heißt: „Durch Ihre langjährige Tätigkeit im Magistrat der Stadt Frankfurt sind Ihnen die Probleme und Anliegen dieser Großstadt bestens vertraut. Diese Erfahrungen können Sie nun mehr in Ihr neues Amt einbringen, das Ihre Tatkraft und Ihr Geschick in besonderem Maße beanspruchen wird.“

## **Junge Union sorgte für 1000 Ausbildungsplätze**

Durch die Aktion „Jugend hilft Jugend“ der Jungen Union haben 900 bis 1 000 arbeitslose Jugendliche einen Ausbildung- oder Arbeitsplatz gefunden. Wie Christoph Böhr, der Vorsitzende der JU, auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärte, sind die Vermittlungen über Informationsmessen und Lehrstellen-Infotheken zustandegekommen. Aufgrund dieser positiven Bilanz wolle die JU ihre Bemühungen fortsetzen, sagte Böhr.

## **Zahl der DDR-Besucher steigt**

Die Zahl von DDR-Besuchern, die in dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik Deutschland kommen, hat sich in den ersten sieben Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 1985 nahezu verdreifacht. Wie das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mitteilte, konnten von Januar bis einschließlich Juli 107 000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik kommen. 1985 waren es nur 38 000 im gleichen Zeitraum; während des ganzen Jahres 66 000.

## **Am Bau geht es wieder aufwärts**

Am Bau geht es nach fünf Jahren Talfahrt wieder aufwärts. In den ersten fünf Monaten 1986 nahmen die Aufträge im Bauhauptgewerbe gegenüber Januar/Mai 1985 um knapp acht Prozent zu, und ein weiteres Ansteigen wird erwartet. Die arbeitstägliche Bauproduktion wuchs um 2,5 Prozent. Dies geht aus der Jahresanalyse des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (Wiesbaden) hervor. Auch die Zahl der Beschäftigten stieg deutlich an. Im Mai waren am Bau wieder über eine Million Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber einem Durchschnitt von nur 950 000 in den ersten fünf Monaten. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ging um ca. 34 000 auf 124 380 zurück.

## **Zukunftsorientierte Mittelstandspolitik**

Die Christlich Demokratische Union wird in den kommenden Monaten eine mittelstandspolitische Offensive starten, die nicht nur die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung des Mittelstandes hervorhebt und über die Leistungen der Bundesregierung für den selbständigen Mittelstand aufklärt, sondern auch Perspektiven einer zukunftsorientierten Mittelstandspolitik deutlich werden lässt.

Als konkrete Maßnahmen wird die CDU u. a.

- die Debatte über die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Mittelstandspolitik und
- eine große Zielgruppen-Veranstaltung zur Zukunft des Mittelstandes am 15. November 1986 in der Stadthalle Düsseldorf durchführen, zu der man sich bei der Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, anmelden kann.

# Ziel unserer Politik bleibt Einigkeit und Recht und Freiheit

**Zum 25. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer fand am 13. August 1986 im Berliner Reichstag eine zentrale Gedenkstunde der Bundesregierung, des Senats und des Abgeordnetenhauses der ehemaligen deutschen Hauptstadt statt.**

Aus diesem Anlaß hielt Bundeskanzler Helmut Kohl eine Ansprache und sagte u.a.: „Die Berliner Mauer ist der vielleicht sichtbarste Ausdruck für den moralischen Unterschied zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur. Daß die DDR diese Mauer nötig hat, sagt mehr über den Charakter des kommunistischen Systems als viele abstrakte Abhandlungen.“

In meinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland im März dieses Jahres habe ich formuliert, was für uns ganz oben auf der Tagesordnung steht:

**Erstens:** Wir fordern Humanität und Frieden an der Grenze mitten durch Deutschland. Mauer und Stacheldraht und Schießbefehl müssen weg.

**Zweitens:** Wir fordern Freizügigkeit in Deutschland. Reisefreiheit für die Menschen, der ungehinderte Fluß von Informationen und Meinungen, das sollte auch zwischen den beiden Staaten in Deutschland endlich alltägliche Praxis werden...

**Drittens:** Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte und die Gewährung der Grundrechte für unsere Landsleute in der DDR. Sie haben ein selbstverständliches Recht, nach ihrem Gewissen zu handeln, ihre Meinung frei zu äußern und wegen ihres Glaubens nicht diskriminiert zu werden.

Diese Ziele verlieren wir nicht aus dem Auge, aber wir bleiben auch bereit zu der notwendigen Politik der kleinen Schritte zum Wohle der Menschen.“

Diese Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl können Sie in Einzelexemplaren bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1 anfordern.

## Einberufungspraxis flexible

Die Bundesregierung verringert weiter die Nachteile, die Wehrpflichtigen durch die Einberufung entstehen können.

Grundsätzlich wird auf die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation im Einberufungsverfahren Rücksicht genommen. Arbeitslose Wehrpflichtige, die ihre Heranziehung wünschen, werden vorrangig zum Grundwehrdienst einberufen, um ihnen anschließend die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche zu erleichtern.

Können mangels Plätzen oder Eignung Wehrpflichtige nicht wunschgemäß einberufen werden, erhalten sie eine Zusage der befristeten Nichtheranziehung, wobei

die Dauer auf den Einzelfall abgestellt wird. Damit kann die Unterbrechung eines Ausbildungsverhältnisses auch in den Fällen vermieden werden, in denen kein gesetzlicher Zurückstellungsgrund besteht.

Mit Zustimmung des Wehrpflichtigen kann auch zwischen dem Arbeitgeber und dem Kreiswehrersatzamt der für alle Beteiligten günstigste Einberufungstermin abgeklärt werden.

Die Disziplinarvorgesetzten der Soldaten sind zudem angewiesen, großzügig Dienstbefreiungen zu gewähren, damit Soldaten an Auswahltests und Vorstellungsgesprächen bei Arbeitgebern und Ausbildungsbetrieben teilnehmen können.

# Das Eigentor der „Roten Seiten“ – gelungene Wahlwerbung für die CDU



Unser Bild zeigt Heiner Geißler mit dem SPD-Poster bei der Regionalkonferenz in Trier.

**Der Sprecher der CDU, Jürgen Merschmeier, hat an den Sprecher des SPD-Parteivorstandes, Wolfgang Clement, den nachfolgenden Brief gerichtet:**

Lieber Herr Kollege Clement,  
den „Roten Seiten“, die der SPD-Parteivorstand dann und wann herausgibt, haben Sie diesmal ein Poster beigefügt, das im Gegensatz zu vielen anderen Ihrer Produkte wirklich gelungen ist.

**Die CDU dankt Ihnen.**

Denn:

Sie tragen bei zur Verbreitung unseres ebenso zutreffenden wie gelungenen Slogans „Weiter so, Deutschland“.

Sie bestätigen den deutschen Wählern, daß es ihnen gut geht, wobei ich hinzufüge: sehr viel besser als zu jenen Zeiten, in denen Ihre Partei die Regierung führte.

Sie teilen unsere Ansicht, daß es so bleiben soll.

Sie haben ein sympathisches Foto des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden herausgesucht. Auch wenn es schlecht gerauscht ist, kommt die CDU-Botschaft über: Helmut Kohl wünscht den Bürgern nicht nur Gutes, er gibt es ihnen auch.

Da Sie unseren Kanzler, unsere Politik und unseren Slogan so liebenswürdig unterstützen, erlaube ich mir, Ihnen eine Flasche guten Rotweins zu übersenden. Mein Wunsch: Lassen auch Sie es sich gut gehen.

# Unsere Politik für die Soldaten

**Aus Anlaß der Vorstellung des Leporrellos „Unsere Politik für die Soldaten“, der Broschüre „Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung“ sowie des Flugblattes „30 Jahre Wehrpflicht: Danke Soldaten“ erklärte Bundesgeschäftsführer Peter Radunski auf einer Pressekonferenz in Bonn:**

Die jahrelange mangelnde Solidarität der damaligen Regierungspartei SPD zur Bundeswehr hatte zu einer erheblichen Verunsicherung unter den Soldaten geführt. Die Herabsetzung des Dienstes der Soldaten und die gleichzeitige moralische Höherbewertung von Wehrdienstverweigerung, wie sie zum Beispiel der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine vorgenommen hat, ließen in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen, daß der Erhalt des Friedens in unserem Land mehr durch Demonstranten und Verweigerer als die Soldaten der Bundeswehr gesichert wird.

Heute haben die Soldaten wieder Selbstbewußtsein und Selbstsicherheit zurückgewonnen, weil diese Bundesregierung sich offen zu ihren Soldaten und ihrem Auftrag bekennt. Kein Soldat der Bundeswehr kann mehr sagen, daß die politische Führung ihn im Stich läßt, wenn er angegriffen wird. Wir werden auch zukünftig nicht zulassen, daß die Soldaten der Bundeswehr politisch und moralisch aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Ihr Dienst ist ein Dienst am Frieden, der auch und gerade im nuklearen Zeitalter moralisch gerechtfertigt ist. Allen Soldaten gilt unser Dank und unsere Anerkennung.

Als die Regierung Helmut Kohl antrat, waren drückende personelle und soziale Probleme der Bundeswehr ungelöst. Ma-

terial und Personal waren gekürzt, der Übungsbetrieb der Streitkräfte eingeschränkt worden, eine verbindliche Bundeswehrplanung gab es bereits seit 1977 nicht mehr.

Und das ist die heutige Lage: Die drängendsten personellen und sozialen Probleme sind mit Mut, Umsicht und Originalität angegangen und Lösungen auf den Weg gebracht worden. Der Abbau des Verwendungsstaus schafft neue Aufstiegschancen für nachrückende Offiziersjahrgänge.

Umfassendere Fürsorge für Soldatenfamilien, erhöhte Leistungen für Wehrpflichtige und die bessere Absicherung der Zeitsoldaten haben das soziale Klima in der Bundeswehr entscheidend beruhigt. Der Übungsbetrieb ist wieder voll hergestellt, Verbesserungen der Bewaffnung und Ausrüstung sind spürbar.

Diese Bilanz haben wir in dem Faltblatt „Unsere Politik für die Soldaten“ zusammengefaßt: Sie zeigt, daß die Soldaten der Bundeswehr und ihre Angehörigen sich auf die CDU verlassen können. Sie ist die einzige politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland, die in Fragen der Sicherheit und der Bundeswehr eine klare und berechenbare Politik betreibt.

## Bundeswehr lädt Bürger ein

Das erfreulicherweise gestiegene Interesse der Bürger am Alltag, Erziehung und Ausbildung der Soldaten wird die Bundeswehr in Zukunft noch stärker berücksichtigen: Lehrer, Vertreter der Kirche, Kommunalpolitiker, Gewerkschafter u. a. erhalten ab sofort erweiterte Möglichkeiten, die Truppe zu besuchen, um sich „vor Ort“ mit eigenen Augen ein Bild vom Dienst in den Kasernen und auf den Übungsplätzen zu machen.



**CDU**  
Die Zukunft

# Unsere Politik für die Soldaten

Streitkräfte geschaffen;  
durch Umwandlung von Dienst-



posten die Chancengleichheit in den Laufbahnen der Offiziere des Unteroffiziers deutlich verbessert;

- die drohende Überalterung in unserer Truppe wird durch Maßnahmen durch Zurückholung von 1200 Offizieren des Truppenteamessens durch die Wehrpflichtigen abgewendet;

- die Spitzenteamierung für Unteroffiziere – Stabsabteilungen und Oberstabsabteilungen – zur Verbesserung der Laufbahnstruktur wieder eingeführt;

- Die Bundeswehr hat die beste Personalfolge ihrer Geschichte;
- Die Bundeswehr hat die beste Unteroffiziersfamilie ihrer Geschichte;
- Schwersteigende strukturelle Mängel sind korrigiert;
- Der Grundlagen für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft sind geschaffen.

**CDU**  
Die Zukunft

Nur ein Höchstmaß an Wehrge-



gerechtigkeit her

rechtkraft kann dafür sorgen, daß die beschlossene Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate verwirklicht wird und nicht abgesagt wird. Wenn schon die Dienstzeit – um die Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen – verlängert werden muß, dann müssen möglichst alle Wehrfähigen dienen.

## 1. Unsere Bundeswehr:

Im Dienst für Frieden und Freiheit

## 2. Das Ergebnis unserer Sicherheitspolitik:

das Bündnis gestärkt

Arte der SPD

Probleme der Bundeswehr

Dienstzeitregelung

Soldatenfamilien

Ir Wehrpflichtige

Der Zeitsoldaten

Gerechtigkeit her

Die Ausbildung der Soldaten

bei Bewaffnung,

zu

Reservisten

Umfang der Bundeswehr

für die Reservisten

gen für Reservisten angegriffen.

Wir erarbeiten eine neue Reservistenkonzeption. Absehende Reservisten aus den Reihen der CDU haben hierzu wichtige Amtliche gegeben. Sie sind entscheidend wichtig auch für Reservisten, die nicht mehr werden. Dies gilt auch für finanziell belastete Reservisten, die sich weiter zunehmen. Sie werden gerade in den neunziger Jahren zur Erhaltung des Friedensauftrags der Bundeswehr einen wichtigen Beitrag leisten.

Politik für Soldaten und

guten Weg

noch Informationenmaterial zum

Akt. Offizierskongress

Haus 3500 Bonn 1

**CDU**  
Die Zukunft

Dieses 16seitige, ansprechend gestaltete Faltblatt eignet sich zur Verteilung bei Straßencanvassingaktionen, Fachveranstaltungen und gezielten Verteilaktionen in Bundeswehrstandorten.

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 26,- DM

Bestell-Nr.: 2848

# Broschüre Sicherheitskongreß

## Mit den Reden von Geißler, Wörner und Rühe

Mit großem Erfolg führte die CDU am 14. Mai 1986 einen Sicherheitspolitischen Kongreß durch.

Die Broschüre „Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung“ enthält die Reden von Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, MdB, Bundesverteidigungsminister Dr. Manfred Wörner, MdB, und vom Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Volker Rühe, MdB,

und behandelt folgende Themen:

- Die ethischen Grundlagen der NATO
- Vertrauen in die Zukunft: Unsere Sicherheitspolitik für die neunziger Jahre
- Die USA und Europa im Ost-West-Dialog

Mindestabnahme: 10 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 13,- DM

Bestell-Nr.: 3863

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



Diese Tragetasche ist aus umweltfreundlichem Material. Weil wir für den Umweltschutz sind.

Neu im Angebot

Diese praktische und lang bewährte  
Tragetasche

gibt es jetzt mit dem neuen Wahlkampf-signet „CDU — Die Zukunft“. Sie ist wie bisher aus umweltfreundlichem Material. Weil wir für den Umweltschutz sind. Mindestabnahme: 500 Stück  
Preis pro Mindestabnahme: 40,— DM  
Bestell-Nr.: 9855

Alle Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold**

**UiD**

**24/86**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA Druck, Düsseldorf.